

Am 23.02.2018 referierte Dr. Olivier Elmer, Psychologischer Psychotherapeut und Sprecher des regionalen Bündnisses gegen Depression, in den Räumen des neuen Ambulanzentrums des Psychiatrischen Zentrums Nordbaden in Wiesloch über die jüngere Geschichte und Zukunft der psychiatrischen Versorgung.

Er stellte zunächst das PZN mit seinen fünf Kliniken, den vier Außenstellen und dem Heimbereich sowie das neue Ambulanzzentrum kurz vor. Anschließend fasste er die Entwicklung der Psychiatrie seit der Psychiatrie-Enquête 1975 zusammen. *

Seither sei es zu einer Abkehr von der verwahrenden Anstalts- hin zur Gemeindepsychiatrie und einem breiten Ausbau komplementärer Dienste und Einrichtungen (z.B. sozialpsychiatrische Dienste, therapeutische Wohngemeinschaften u.v.m.) gekommen. Gleichzeitig habe eine massive Betten-Reduktion und eine deutliche Verweildauerkürzung mit höherem Turn-over stattgefunden. Die großen psychiatrischen Zentren hätten eine Tendenz einerseits zur Regionalisierung mit Ausbau von Außenstellen zur besseren gemeindenahen Versorgung, andererseits auch zur Entwicklung von Spezialangeboten.

1991 habe die Personal-Psychiatrie-Verordnung (PsychPV) als Personalbemessungssystem zu einem Personalzuwachs und mehr multiprofessionellem Arbeiten geführt.

In Baden-Württemberg habe 1996 unter Sozialministerin Hega Solinger (SPD) in der damaligen GroKo die Umwandlung der Landeskrankenhäuser in derzeit sieben öffentlich-rechtliche Zentren für Psychiatrie stattgefunden; eine damals diskutierte Privatisierung habe abgewendet werden können. Unter Katrin Altpeter (SPD) sei unter Grün-Rot ein neues Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz mit mehr Rechten für Patienten und Angehörige in Kraft getreten.

In jüngster Zeit sei ein neues, zunächst sehr am DRG-System orientiertes Entgeltsystem („PEPP“) entwickelt worden. Nach breiter Kritik daran hätten durch das Zusammenwirken u.a. von Fachverbänden, ver.di und der SPD deutliche Verbesserungen im jetzt gültigen Gesetz (PsychVVG) erreicht werden können. Die Entwicklung eines neuen Personalbemessungssystems sei auf der Tagesordnung, und eine Pflicht zur Verwendung von Personalmitteln zur Patientenversorgung - statt für andere Ausgaben - sei ein Erfolg, ebenso die Möglichkeit, schwer psychisch kranke Menschen vom Krankenhaus aus („stationersetzend“) zu Hause zu behandeln.

In der Zukunft komme es darauf an, Selbstbestimmung und Autonomie von Patientinnen und Patienten stärker zu berücksichtigen, ein an Qualität und Evidenz orientiertes Budgetsystem zu entwickeln und sektorenübergreifende Versorgung – wie in einzelnen Modellvorhaben z.B. über ein Regionalbudget realisiert – zu ermöglichen.

* siehe hierzu auch den Vortrag von Prof. Arno Deister.